

Herr Schmidt erläutert, dass der Antrag in erster Linie darauf abziele, dass die Gemeinde auf ihren eigenen Flächen mit gutem Beispiel vorangehe und dadurch die entsprechenden Anlieger dazu animiere, es der Gemeinde gleich zu tun.

Als Beispiel sei im Antrag der Pflanzstreifen in der Straße „Im Auel“ angeführt, wo sich sehr viel Unrat ansammle. Es sei daher sinnvoll, dass die Gemeinde diese Pflanzstreifen, soweit sie zum Straßenbereich gehören, zu reinigen, damit seien auch die Anlieger aufgefordert, auch ihre Bereiche zu säubern.

Ein weiterer Bereich sei der Siegpark, der die Spaziergänger immer wieder dazu animieren, darauf hin zu weisen, dass dort Unrat herumliege. Er vertrete die Auffassung, dass auch an die Schulen, hier insbesondere an die Gemeinschaftshauptschule, appelliert werden solle, dass sie ihre Schüler darauf hinweisen solle, dass die Parks sauber zu halten seien.

Die Verwaltung solle in regelmäßigen Abständen immer wieder darauf hin weisen, das und wo Verunreinigungen stattgefunden haben. Man solle die Bürger auch darauf hinweisen, dass sie entsprechende Verunreinigungen zur Anzeige bringen sollten.

Die Verwaltung solle daher beauftragt werden, auch im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit in dieser Richtung tätig zu werden.

Herr Kretzschmar erklärt, dass der Intention des Antrages im Grunde beigepflichtet werde könne, auch wenn der vorrangige Einsatz von Sozialhilfeempfänger umstritten sei. Er begrüße den Vorschlag, dass die Gemeinde mit gutem Beispiel vorangehen solle sehr und richte daher auch an die Ratsmitglieder und sachkundigen Bürger den Appell, in einer gemeinsamen Aktion zur Sauberkeit der Gemeinde etwas beizutragen.

Herr Ludwigs erklärt, dass Bürgermeister Patt zu einem Aktionstag „Sauberes Eitorf“ am 20.04.2002 aufrufen werde. Die Organisation liege beim Umweltamt.

Herr Viehof bittet um Auskunft, ob es rechtliche Grundlagen für die Heranziehung von Sozialhilfeempfängern zur Beseitigung von wildem Müll gebe. Er empfinde es als schlecht, dass nach dem Antrag der CDU-Fraktion der Begriff Sozialhilfeempfänger genannt werde, die für das Fehlverhalten einiger Bürger herhalten sollen.

Zum Siegpark erklärt er, dass die sogenannten „Wildkräuter“, insbesondere die fast meterhohen Brennesseln, einen unordentlichen Eindruck vermitteln. Auch hier würde viel Müll weggeworfen, der dann nicht ohne weiteres entfernt werden könne.

Er bittet darum, das seinerzeit erstellte Pflegekonzept des Parks zu überdenken.

Er erläutert weiter, dass die Hauptschule nach seiner Kenntnis regelmäßig Müllsammelaktionen im Siegpark durchführt.

Er regt an zu prüfen, ob an einigen neuralgischen Punkten, z. B. Kreuzungen, die Aufstellung von Papierkörben notwendig sei.

Herr Ludwigs erläutert, dass nach dem Bundessozialhilfegesetz ein Einsatz von Sozialhilfeempfängern für gemeinnützige Arbeit rechtlich zulässig sei. Jeder Sozialhilfeempfänger sei verpflichtet, zumutbare Arbeit anzunehmen. Soweit dies nicht geschehe, habe die Verwaltung die Möglichkeit, diese Personen zur Leistung gemeinnütziger Arbeit heranzuziehen.

Herr Freiburg erläutert, dass das Pflegekonzept vor ca. 6 Jahren erstellt worden sei, weil der Boden des Parks sehr verdichtet sei. Das ständige Befahren mit schweren Geräten habe dazu geführt, dass der Boden gerade um die Bäume herum teilweise so hart wie Beton war. Dem sei entgegengewirkt worden durch Beigabe von entsprechenden Dünger und Liegenlassen der Blätter, wodurch sich eine Humusschicht aufbauen sollte. Nichtig entwickeln sollten sich die Brennesselnester, die auch im Park nichts zu suchen haben. Es sollten jedoch Waldstauden eingesät werden, was aus Arbeitsgründen nicht erfolgt sei

Es werde jedoch in Kürze unter Heranziehung der Zivildienstleistenden eine flächenweise Aufreißung des Bodens und ein Einsäen erfolgen, damit Bodenverbesserungen entstehen. Grundsätzlich solle jedoch davon Abstand genommen werden, einen englischen Rasen zu bekommen, da durch das ständige Mähen zu große Wurzelbeschädigungen entstehen.

Um langfristig eine Gesundung der Bäume zu erreichen, sollte an dem Pflegekonzept festgehalten werden.

Herr Fürbass regt an, dass an den Stellen, wo sich Brennesselnester bilden in Zusammenarbeit z. B. mit dem Biokurs der Hauptschule entsprechende Maßnahmen durchzuführen, wie Vogelbrutstellen, Todholzhäufen etc. Auf einer Tafel könne dem Besucher des Park dargestellt werden, warum diese Maßnahmen durchgeführt werden, die letztendlich zu einer ökologischen Aufwertung des Parks führen werden.

Herr Freiburg erklärt hierzu, dass im vergangenen Jahr ein entsprechender Kurs in der Hauptschule stattgefunden habe, zu dem sich 28 Schüler gemeldet hatten. Nach der dritten Stunde hätten nur noch 3 – 4 Schüler teilgenommen. Er werde trotzdem auch in diesem Jahr ein entsprechendes Angebot unterbreiten.

Herr Ersfeld erklärt, dass er den Aussagen von Herrn Viehof im Grunde zustimmen könne mit Ausnahme zum Einsatz der Sozialhilfeempfänger. Jemand der arbeiten könne, solle zur Arbeit auch herangezogen werden können. Der Antrag sei ein Vorschlag, um die mehranfallende Arbeit bewältigen zu können.

Herr Langer erläutert, dass an die Verwaltung appelliert werden solle, das Pflegekonzept umzusetzen. Dem Antrag der CDU-Fraktion könne in Teilbereichen zugestimmt werden, jedoch nicht im Hinblick auf den Einsatz von Sozialhilfeempfänger. Auch in seine Partei sei es nicht üblich, dass dieser Personenkreis für Arbeiten eingesetzt werde, die andere nicht machen wollen und der Bauhofe nicht schaffe, zumal in der Gemeinde Eitorf die Erfahrungen gezeigt haben, dass ein Einsatz von Sozialhilfeempfängern nicht funktioniere. Hier sei jedoch der Bauhof gefordert.

Im übrigen sei er nicht der Auffassung, dass Eitorf dreckig sei, auch wenn es einige Stellen gebe, wo Müll vorhanden ist.

Herr Viehof stellt klar, dass er generell nicht gegen den Einsatz von Sozialhilfeempfängern sei, soweit sich dies im gesetzlich Rahmen bewege. Er verwehre ich jedoch gegen die Formulierung im vorliegenden Antrag.

Er befürworte auch, dass bei entsprechender Feststellung von Umweltsündern rechtliche Schritte eingeleitet werden.

Beschluss-Nr. Die Verwaltung wird beauftragt entsprechend dem Antrag der CDU-Fraktion tätig zu werden.
XI/4/21

Abstimmungs- Dem Antrag wurde einvernehmlich zugestimmt.
Erg.: